

Sonja Walter
August-Ganther-Str. 12
79117 Freiburg
+49(0)761/640209

An die
Gemeinderäte der Städte
in Baden-Württemberg

Nachrichtlich:

1. Theresia Bauer, MDL, Wissenschaftsministerium Stuttgart
2. An die Leiter der Musikhochschulen Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Mannheim
Trossingen

07.10.2013

Betreff: Theresia Bauer manipuliert Gerichtsgutachten

Sehr geehrte Gemeinderäte,
Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf mir erlauben Sie darüber zu informieren, dass die amtierende Wissenschaftsministerin von Baden-Württemberg Theresia Bauer (Grüne) regelmässig Gutachten (darunter Gerichtsgutachten) infolge einer vorsätzlichen fehlerhaften Sachbearbeitung manipuliert, bzw. manipulieren lässt. Einer aktuellen Presserklärung der CDU vom 12.09.2013 kann zudem entnommen werden, dass Bauer eine Aufklärung des Sachverhalts infolge der Zurückhaltung von Fakten zu verhindern versucht. Die folgenden Fallgeschichten werden vorgetragen:

- I. Gerichtsgutachten (betr. Prof. Dr. Kathrin Yen, Ärztliche Direktorin des Instituts für Rechtsmedizin der Universitätsklinik Heidelberg)
- II. Expertengutachten (Musikhochschulenreform)
- III. Gerichtsgutachten (betr. Prof. Dr. Frank Palm, Ärztlicher Direktor der Universitäts-Zahnklinik Konstanz)

Zu I.: Theresia Bauer manipuliert Gerichtsgutachten (betr. Frau Prof. Dr. Kathrin Yen, Ärztliche Direktorin des Instituts für Rechtsmedizin der Universitätsklinik Heidelberg)

Auf eine aktuelle Presserklärung der CDU vom 12.09.2013 wird Bezug genommen. Die CDU wirft Bauer vor, dass Bauer Personen einstellt, welche ohne hierzu befugt zu sein Gutachten (für Gerichte) erstellen, bzw. erstellt haben. Auch wird gegenüber Bauer der Vorwurf erhoben, dass Bauer eine sachliche Aufklärung des Vorgangs mithilfe von subversiven Tricks zu vereiteln sucht, vgl.

<http://fraktion.cdu-bw.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/artikel/pm-1622013-untaetigkeit-von-wissenschaftsministerin-theresia-bauer-gruene-wirft-rechtliche-fragen.html>

Zu II.: Theresia Bauer manipuliert Gutachten (Musikhochschulenreform)

Auch im Zusammenhang mit der umstrittenen Musikhochschulenreform ist gegenüber Bauer der Vorwurf zu erheben, dass Bauer Gutachten manipuliert. Denn anlässlich der Einholung eines Gutachtens zur Sache hat Bauer es pflichtwidrig unterlassen, zusammen mit dem Gutachtensauftrag eine Ortsbegehung der involvierten Musikhochschulen durch die Experten in Auftrag zu geben.

Deshalb mussten die Bewertungen der Gutachter zwangsläufig fehlgehen, weil den Gutachtern relevante Fakten überhaupt nicht bekannt waren. Auch gibt der gesamte Verlauf der Angelegenheit Anlass zu der Annahme, dass es sich bei dem unzureichenden Gutachtensauftrag nicht um einen Lapsus, sondern um Kalkül von Bauer gehandelt hat. Denn das Gutachten ist dazu dienlich die finanziellen Interessen von Bauers Freiburger Parteifreund Dieter Salomon (Grüne) und Konsorten zulasten der Standorte Trossingen und Mannheim zu bedienen. Hierzu wird nachfolgend noch ausführlich vorgetragen werden.

Darüberhinaus zeigte die letzte Landtagsdebatte am 25.09.2013, dass Bauer eine chronische Lügnerin ist. Denn Bauer behauptet unzutreffend, dass die von Bauer geforderten Einsparungen im Bereich der Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen aufgrund von Sparzwängen unerlässlich wären. Darüberhinaus hat Bauer die unwahre Behauptung erhoben, dass die beiden Musikhochschulen kein alternatives Konzept zu dem Reformkonzept von Bauer vorgelegt hätten, welches quasi auf die Zerstörung der beiden renommierten Hochschulen hinausläuft. Diese beiden Behauptungen von Bauer sind nachweislich falsch; hierzu wird nachfolgend ebenfalls noch vorgetragen werden. Zunächst sollen der zugrunde liegende Sachverhalt und der Verlauf der umstrittenen Reform wie folgt skizziert werden:

Der Landesrechnungshof verlangt im Bereich der fünf Musikhochschulen in Baden-Württemberg (Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart, Trossingen) Einsparungen in einer Größenordnung von ca. 4 Millionen Euro jährlich. Der Rechnungshof hat vorgeschlagen, dass die Einsparungen auf alle fünf Musikhochschulen verteilt werden sollen. Mit seiner Empfehlung stützt sich der Rechnungshof auf die Bewertung von Gutachtern des Rechnungshofes, welche alle fünf Musikhochschulen aufgesucht und die Situation vor Ort in Augenschein genommen haben. Bauer hat die Empfehlungen des Rechnungshofes in den Wind geschlagen und hat selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches vorsieht, dass die beiden Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen die Last der Einsparungen quasi alleine tragen sollen.

Im Unterschied zu den Gutachtern des Rechnungshofes, welche sich vor Ort ein umfassendes Bild von der Situation gemacht haben, haben die von Bauer bestellten Gutachter keinen Ortsbesuch vorgenommen und haben anscheinend einfach nur die Vorgaben von Bauer umgesetzt. Demnach sollen ausschliesslich im Bereich der Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen rund 500 Studienplätze sowie 50 Dozentenstellen entfallen (während Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart von den Einsparungen verschont werden sollen) was vorhersehbar zur Auslöschung der beiden Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen führen würde.

Weiterhin sieht das Konzept von Bauer vor, dass Trossingen künftig eine Musikakademie (mit nur zwei Studiengängen anstelle von aktuell 27 Studiengängen) erhalten soll und die Mannheimer Akademie für Pop und Jazz künftig unter dem

Dach der Musikhochschule Mannheim weitergeführt werden soll. Diese von Bauer angepriesene „Schwerpunktbildung“ soll quasi darüber hinwegtäuschen, dass an beiden Musikhochschulen die Orchester und die Lehrerausbildung gestrichen werden sollen, was zum Exitus der beiden Musikhochschulen führen wird mit weitreichenden negativen Folgen für die zahlreichen Orchester und Musikvereine in den Regionen, deren Zentrum die Musikhochschulen und die Studierenden sind.

Neben Sparzwängen führt Bauer als Begründung für ihr Konzept an, dass in Baden-Württemberg angeblich zu viele Musiker ausgebildet werden, was zu prekären Arbeitsverhältnissen führen werde. Der Leiter der Musikhochschule in Mannheim Rudolf Meister hat dieser Behauptung von Bauer anlässlich dem Besuch von Bauer in Mannheim am 30.08.2013 widersprochen. Anlässlich einer Anhörung vor dem Wissenschaftsausschuss am 19.09.2013 hatte der anwesende Experte des Landesrechnungshofes Andreas Knapp die Behauptung von Bauer nicht bestätigt, sondern hat vorgetragen, dass keine validen Zahlen vorliegen, vgl.

<http://www.rettet-die-musikhochschule.de/wp-content/uploads/2013/09/NEWSLETTER10.pdf>

Mit ihrem sonderbaren Konzept bedient Bauer die Interessen ihres Freiburger Parteifreundes Dieter Salomon, der den Verlust des Elite-Titels der Universität Freiburg im Jahr 2012 anscheinend damit kompensieren will, dass die Freiburger Musikhochschule zur Elite-Einrichtung hochgepuscht werden soll (nachdem der Wissenschaftsrat Freiburg am 15.06.2012 im Zuge der dritten und letzten Runde der Exzellenz-Initiative aus der Königsklasse der Elite-Unis exkommuniziert hatte). Mit der Umsetzung der von Bauer ins Feld geführten Reform wären für den grünen Freiburger Oberbürgermeister et al. gleich zwei Vorteile verbunden: Denn erstens könnte man sich in dieser Folge der Konkurrenz entledigen und zweitens müsste Freiburg sich nicht an den vom Landesrechnungshof verlangten Einsparungen beteiligen. Und offensichtlich macht Bauer jede Schandtat mit, wenn es darum geht die Interessen ihres Freiburger Parteifreundes zu bedienen. Denn die beiden Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen bilden das kulturelle Zentrum im Rhein-Neckar-Gebiet (Mannheim) und im Schwarzwald-Baar-Kreis. Ohne diesen Mittelpunkt würde die Basis für die Laienmusik und insbesondere für die zahlreichen

Orchester in diesen Bereichen entfallen; eine soziokulturelle Verödung im städtischen sowie im ländlichen Raum mit Auswirkung bis hin zum Bodensee wäre die absehbare Folge. Auf Vorhalt der Betroffenen hatte das Wissenschaftsministerium die zynische Auffassung vertreten, dass es nicht Sache der Landesregierung wäre, für die „Bespassung“ der Bevölkerung zu sorgen.

Als bezeichnend für die Unfähigkeit und die geistige Verwirrung von Bauer kann zudem gesehen werden, dass Bauer gegenüber der Öffentlichkeit behauptet, dass sie die Reform im Vorfeld ihrer Entscheidung zusammen mit den Betroffenen im Zuge von mehreren Workshops besprochen habe. Tatsächlich beschränkten sich die Workshops anscheinend darauf, dass Bauer zusammen mit den Schulleitern der Musikhochschulen Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart Front gegen Mannheim und Trossingen machte und sich einer sachlichen Erörterung von alternativen Vorschlägen verschlossen hat. Als höchst interessant erscheint zudem, dass eine mit der Erstellung des Konzepts von Mannheim und Trossingen erfolgte Recherche zum Sachverhalt ergeben hat, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits weniger finanzielle Mittel investiert als wie andere Bundesländer. Und trotzdem will die Landesregierung den Etat noch ausdünnen.

Der Verlauf der Workshops wurde von den Schulleitern der Musikhochschulen Mannheim und Trossingen wie folgt dokumentiert:

„Die Workshops finden statt. Die Tagesordnung wird wenige Tage vorher geändert. Die Ministerin erklärt erneut, dass es noch keine konkret benannte Sparauflage gäbe. Nachdem die ersten beiden Workshoptage in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre stattfanden, präsentieren die drei Hochschulen Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart am letzten Tag eine Erklärung, die über Nacht entstanden sei. Dies sieht vor: Eine Umwandlung eines Standorts in eine Spezialhochschule sowie die Umwandlung eines weiteren in eine Akademie. Im Gespräch wird deutlich gemacht, dass mit diesen beiden Standorten Trossingen und Mannheim gemeint sind. Die Musikhochschulen FR, KA und S betonen erneut, dass sie keinerlei Einsparmöglichkeiten an ihren Häusern sehen würden. Sie müssten die Einsparvorschläge des Rechnungshofs vollständig zurückweisen. Das MWK greift den Vorschlag der Erklärung auf: Die Mehrheit habe beschlossen,

dass die Minderheit die Einsparauflage mehr oder weniger alleine tragen soll. Auf erneutes Drängen der Stuttgarter Rektorin sagt das MWK einen weiteren abschließenden Workshop noch vor der Sommerpause zu. Da wolle man gemeinsam zu einem Ergebnis kommen.

Die Rektorate der Musikhochschulen Mannheim und Trossingen erarbeiten ein differenziertes und tragfähiges Konzept für Einsparungen an allen Standorten, ohne großen Qualitätsverlust. Es wird deutlich, entgegen der bisherigen Darstellung, dass BW im bundesweiten Vergleich nur durchschnittlich in der Finanzierung von musikpraktisch-künstlerischen Studiengängen engagiert ist. Auch die Anzahl von Studierenden liegt im mittleren Bereich. Die geforderten Einsparauflagen würden BW deutlich in den unteren Bereich katapultieren. Es stellt sich die Frage, welches Signal das Musikland Nummer 1 mit diesem Einsparprogramm setzen will. Das Konzept wird allen Dialogpartnern rechtzeitig vor dem Workshoptermin zugesandt.

Bereits am Morgen vor dem Workshop wird das Ergebnis des Workshops an verschiedenen Orten bekannt (bspw. durch den OB in Freiburg). Die Rektoren der Musikhochschulen Mannheim und Trossingen werden aber erst während des Tages informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt. Das Konzept aus MA und TR wird abgelehnt, da FR, KA und S sich nach wie vor nicht in der Lage sehen, Einsparungen zu leisten. Dies würde ihrem Exzellenzanspruch entgegenstehen. Auf den Einwand hin, dass die Eckpunkte für die Neustrukturierung der Musikhochschullandschaft die Region um Trossingen extrem beschädigen würde, kommt die Antwort: „Das MWK ist nicht für die Bespaßung der Region zuständig.“ Auf den Einwand hin, dass auch fachlich der Vorschlag für Trossingen mehr als fragwürdig sei und weder Aussicht auf Erfolg habe noch sinnvoll sei, kommt die Antwort: „Wenn sie diesen Vorschlag nicht akzeptieren, wird Trossingen komplett geschlossen.“ Damit endet der Dialog. Dies wird seitens des MWK als erfolgreiches Ergebnis bezeichnet.

http://www.mh-trossingen.de/fileadmin/media/pdf/Rektorat/Strukturreform/Trossingen_Zahlen_Fakten_Daten_zu_den_Eckpunkten.pdf

Darüberhinaus berichtete die Leiterin der Musikhochschule in Trossingen Elisabeth Gutjahr auf telefonische Anfrage, dass sie nachfolgend ein 50 Seiten umfassendes Reformkonzept der beiden Musikhochschulen Mannheim und Trossingen bereits in der ersten Julihälfte ans Wissenschaftsministerium geschickt habe. Anlässlich dem Besuch von Bauer in Trossingen am 02.08.2013 habe Bauer die erstaunliche Auffassung vertreten, dass sie in dem Manuskript angeblich kein Konzept erkennen könne. Die Behauptung von Bauer ist nicht nachvollziehbar. Vielmehr wurden in dem Manuskript die Anregungen des Landesrechnungshofs aufgegriffen und fortgeführt. Auf S. 3 im Manuskript befindet sich ein Inhaltsverzeichnis.

Auf **S. 5 ff im Manuskript** wird wie folgt ausgeführt:

„1. Vorbemerkung

Die Aufgabe, die Haushaltsentwicklung so zu steuern, dass trotz Mittelkürzung ein Qualitätsverlust vermieden werden kann, ist äußerst anspruchsvoll, sie wurde schon als „Quadratur des Kreises“ bezeichnet. Unbedingt erforderlich sind deshalb differenzierte und **passgenaue Maßnahmen**. „Einfache Lösungen“ wären auch in Bezug auf die Zukunft der Musikhochschulen in Baden-Württemberg – wie so häufig – in ihren Auswirkungen bei weitem zu grob und würden großen vermeidbaren Schaden verursachen.

Die Entwicklung intelligenter und passgenauer Konzepte kann natürlich nur im **Zusammenwirken aller Betroffenen** erfolgen. Diese Erklärung enthält deshalb keine konkreten Forderungen für Veränderungen. Ihr Ziel ist es vielmehr, Möglichkeiten aufzuzeigen und die Diskussion zu befruchten.

Der vor uns liegende Prozess wird allen fünf Hochschulen viel abverlangen. Sie müssen zulassen, dass über ihre Profile, Prioritätensetzungen und die Effizienz Ihres Mitteleinsatzes im Einzelnen aufgrund umfassender Kenntnis gesprochen wird. Auch dafür kann diese Erklärung einen ersten Einstieg erleichtern.

Die herausragende Qualität des musikalischen Ausbildungssystems in Baden-Württemberg im bundesweiten wie auch weltweiten Vergleich darf nicht durch gravierende Schwächung eines entscheidenden Teils dieses Systems in Frage gestellt werden. Darüber könnten sich nur Mitglieder von Musikhochschulen außerhalb Baden-Württembergs freuen, deren Position im Wettbewerb wäre ohne eigenes Zutun gestärkt.

Im Folgenden werden

- der zentrale Begriff „Qualität“ differenziert betrachtet und dem Begriff der Relevanz gegenübergestellt,**
- die Erkenntnisse und Empfehlungen des Rechnungshofs zusammengefasst und um eine Bewertung ergänzt,**
- die Hochschulfinanzierung im bundespolitischen Vergleich betrachtet,**
- die Fachbereiche der fünf Musikhochschulen und deren Ausstattung in Bezug auf Einsparmöglichkeiten differenziert,**
- abschließende Gedanken zu möglichen Gegenpositionen und der Arbeitsmarktsituation formuliert.“**

Unter **Abs. 8 ff im Manuskript** wird dezidiert vorgetragen, in welchen konkreten Bereichen Einsparungen in Betracht kommen, ohne die Qualität und Existenz der Musikhochschulen zu gefährden.

Hier das o.g. Manuskript von Mannheim und Trossingen:

http://www.mh-trossingen.de/fileadmin/media/pdf/Rektorat/Strukturreform/Konzept_zur>Weiterentwicklung_MH_BW.pdf

Darüberhinaus haben die Musikhochschulen Mannheim und Trossingen in einem weiteren Eckpunktpapier ausführlich Stellung zu dem Konzept von Bauer genommen. Auf den S. 4 ff wird unter anderem vorgetragen, dass das Konzept von Bauer auf falschen Voraussetzungen beruht und wesentliche Fakten von den Experten nicht berücksichtigt wurden, vgl.

http://www.mh-trossingen.de/fileadmin/media/pdf/Rektorat/Strukturreform/Trossingen_Zahlen_Fakten_Daten_zu_den_Eckpunkten.pdf

Bezeichnenderweise hatte Bauer diese wohlfundierten Argumente anlässlich ihrem Besuch in Trossingen einfach aus der Diskussion ausgeblendet und hat sich auf die ausweichende Behauptung zurückgezogen, dass sie in dem Manuskript von Mannheim und Trossingen angeblich kein Konzept erkennen könne.

Zwar handelt es sich bei dem 50 Seiten umfassenden Manuskript der Musikhochschulen Mannheim und Trossingen nur um ein vorläufiges Konzept. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die beiden Hochschulen ohne Kenntnis der exakten Stellenpläne an allen fünf Musikhochschulen in Baden-Württemberg kein definitives Reformkonzept erstellen können. Zwar kann die Anzahl der Dozentenstellen der offiziellen Website des Wissenschaftsministeriums entnommen werden. Aus diesen Zahlen geht aber nicht hervor, welche Fächer die Dozenten unterrichten. Die vollständigen Daten hält Bauer zurück. Deshalb hat der Leiter der Musikhochschule Mannheim Rudolf Meister Bauer in einem offenen Brief zu einem Besuch in Mannheim eingeladen und hat diese aufgefordert, die Fakten herauszugeben, damit das von Mannheim und Trossingen eingereichte Konzept präzisiert werden kann.

http://www.rnz.de/metropolregion/00_20130927060049_107386019_Musikhochschule_laedt_Bauer_ein_.html

Nur aufgrund der Zurückhaltung der relevanten Daten konnten Mannheim und Trossingen bisher kein definitives Konzept erstellen. Allerdings gibt bereits das vorläufige Konzept der beiden Hochschulen Anlass zu der Annahme, dass die Sparpläne des Rechnungshofes und der damit verbundene Abbau von

Studienplätzen so verteilt werden können, dass im Bereich aller fünf Musikhochschulen das Orchester und die Lehrerausbildung erhalten bleiben, bzw. ohne dass an einem der Standorte nennenswerte Qualitätseinbussen zu befürchten sind. Die von Bauer postulierte „Schwerpunktbildung“ ist nichts anderes als ein verbales Konstrukt, mit welchem Bauer darüber hinwegreden will, dass die von Bauer angedachten Kürzungen den Exitus der Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen nach sich ziehen werden. Denn bereits jetzt verfügt Trossingen – und zwar neben dem Orchester und der Lehrerausbildung – mithin über innovative und erfolgreiche Schwerpunkte in der Ausbildung, z. B. im Bereich Musikdesign.

Die willkürliche Entscheidung von Bauer zugunsten von Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart ist nach rationalen Gesichtspunkten schon deshalb nicht nachvollziehbar, weil die international bekannten Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen einen hohen Ausbildungsstandard bieten und dennoch kostengünstiger arbeiten als wie die anderen drei Musikhochschulen. Darüberhinaus hat Trossingen in den vergangenen fünf Jahren von 37 Preisen, die nach Baden-Württemberg gingen, 10 Preise für sich gewinnen können. Und die Schliessung der Musikhochschule in Mannheim (bzw. die Streichung des kompletten Bereichs der Klassik) verbietet sich neben der soziokulturellen Bedeutung der Einrichtung für die Region zudem im Hinblick auf die jahrhundertelange Tradition und das Renommee der Mannheimer Schule. Zu Recht hat der Bürgermeister von Trossingen Clemens Maier anlässlich einem Besuch von Bauer in Trossingen am 02.08.2013 sinngemäss darauf hingewiesen, dass kein gescheiter Bauer die beste Kuh im Stall schlachtet, wenn gespart werden muss. Bezeichnenderweise hat Bauer zu dem wohlbegründeten Vorhalt nicht Stellung genommen, sondern verschanzt sich hinter dem von ihr in Auftrag gegebenen Gutachten, welches den schwarzen Peter willkürlich (und ganz im Sinne von Bauers Partefreund Salomon) Mannheim und Trossingen zuschiebt.

Tatsächlich ist dem von Bauer bestellten Gutachten jeder Aussagewert abzusprechen, weil die von Bauer beauftragten Gutachter die Musikhochschulen im Unterschied zu den Gutachtern des Rechnungshofes nicht aufgesucht und die Argumente der Beteiligten, die gegen eine selektive Benachteiligung der beiden Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen sprechen, mit ihrer Bewertung sachlich nicht erwogen haben, weil die Gutachter hiervon keine Kenntnis hatten. Eine

Ortsbesichtigung sowie die Kenntnisnahme der Argumente der Beteiligten wäre jedoch logischerweise die unerlässliche Voraussetzung gewesen um für den Fortgang in der Sache ein aussagefähiges Gutachten zu erhalten.

Beispielsweise sind auch im Zusammenhang mit Akkreditierungsverfahren Besichtigungen vor Ort obligat. Auch die Gutachter der Exzellenz-Initiative hatten sämtliche Hochschulen, die sich beworben hatten, aufgesucht um sich vor Ort ein Bild zu machen und eventuelle Unklarheiten im Gespräch mit den Beteiligten auszuräumen. Anlässlich eines Besuchs von Bauer in Mannheim am 30.08.2013 hat Bauer auf Vorhalt die unsinnige Auffassung vertreten, dass es den von ihr bestellten Gutachtern „nicht zumutbar“ gewesen sei, die Zeit für einen Ortsbesuch aufzuwenden. Tatsächlich wäre es erforderlich gewesen zusammen mit dem Gutachtensauftrag einen Ortsbesuch in Auftrag zu geben um ein umfassendes Bild von der Gesamtsituation und eine aussagefähige Bewertung zu erhalten.

Das unqualifizierte Vorgehen von Bauer, welches ohne Zweifel auf Vorsatz beruht, kann nur so verstanden werden, dass Bauer eine sachliche Bewertung vermeiden wollte und dem Gutachten lediglich eine Alibi-Funktion zukommt, mit dessen Hilfe Bauer Mannheim und Trossingen abschmieren und den Interessen von Bauers Freiburger Parteifreund Salomon und Co. zum Durchbruch verhelfen will. Auch stellt Bauer die Empfehlungen der von ihr beauftragten Experten falsch dar. Unter anderem hat sich der Gutachter Georg Ruby ausdrücklich von Bauers Behauptung distanziert, dass er mit dem Gutachten die Kürzung oder Schliessung der Studiengänge und/oder der Musikhochschule in Trossingen befürworten würde, vgl.

<http://www.rettet-die-musikhochschule.de/stellungnahme-von-herrn-georg-ruby-zur-strukturdebatte-der-musikhochschulen-vom-22-juli-2013/>

Die Besuche von Bauer in Mannheim und Trossingen wurden aufgezeichnet.

Hier ein Link zu Bauers Besuch in Trossingen:

<http://www.youtube.com/watch?v=GtZxjbFpNOA>

Hier ein Link zur Bauers Besuch in Mannheim:

<http://www.youtube.com/watch?v=rJPscVJY49c>

Auffallend hierbei ist der Ablauf von Bauers Besuchen: Der Auftakt gestaltet sich in der Regel (scheinbar) kommunikativ. Denn zunächst trägt Bauer ihre Auffassung zur Sache vor, danach die Beteiligten und schlussendlich dürfen die Anwesenden Fragen stellen. Zu diesem Zeitpunkt schlägt die zunächst offene Atmosphäre ins Gegenteil um; denn der von Bauer beauftragte Moderatur beginnt auf die Tube zu drücken: Die Zeit für den Termin wäre fast zu Ende, die Fragenden sollen sich kurz fassen, Frau Bauer müsse nachfolgend einen anderen Termin wahrnehmen. Hektik macht sich breit. Den Anwesenden wird der Eindruck vermittelt, dass sie quasi Untermenschen sind, die dankbar sein dürfen, dass sie überhaupt einen Satz zu Ende bringen dürfen. Insbesondere wird den Anwesenden vermittelt, dass ihr Anliegen (vorliegend der Erhalt der Musikhochschulen inklusive der soziokulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung für die umliegende Region) für Bauer von derselben Bedeutung ist wie der sprichwörtliche Sack Reis, der in China umfällt. Schlussendlich tritt Bauer nochmals ans Mikrofon. Diese greift sich aus den Fragen eine Äusserung heraus, die irgendwie anfechtbar erscheint und kontert diese. Gerade die entscheidungserheblichen Anfragen der Anwesenden zum Thema bleiben ohne Antwort; denn der Termin ist vorbei, Bauer hat keine Zeit, andere warten schon.

Die Sache hat natürlich Kalkül. Durch ihre physische Anwesenheit erweckt Bauer den Anschein der Dialogbereitschaft. Hiervon kann allerdings keine Rede sein. Denn andernfalls wäre es erforderlich, dass der Zeitrahmen des Termins so konzipiert wird, dass hinlänglich Zeit verbleibt die Fragen der Anwesenden im Rahmen eines Dialogs umfassend zu beantworten. Und das will Bauer offensichtlich vermeiden. Denn in dieser Folge würde sich sehr rasch herausstellen, dass Bauers Konzept ein haltloser Sums ist. Der gesamte Vorgang ist bezeichnend für Bauers Stasimethoden, die zudem Dienstaufsichtsbeschwerden von Patienten, Professoren und – nach medienbekanntem Äusserungen des Bürgermeisters von Trossingen – auch von anderen Amtsträgern pflichtwidrig ohne Antwort lässt, wenn die Anschreiben aus Sicht von Bauer unbequem sind. Das Verhalten von Bauer ist asozial, verlogen und kriminell, wie bereits die Ausführungen der CDU in der unter Abs. 1 erwähnten

Presseerklärung und eine Landtagsdebatte zu der umstrittenen Musikhochschulenreform in Baden-Württemberg zeigen.

Denn aufgrund der bundesweiten Proteste gegen die von Bauer geplante Auslöschung der beiden exzellenten Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen kam es am 25.09.2013 im Landtag zu einer Debatte über die Reform. Im Zuge der Diskussion hat Bauer den Landtag wissentlich belogen. Denn Bauer hat die von ihr betriebene Reform der Musikhochschulen vor dem Landtag damit verteidigt, dass ihr Konzept quasi alternativlos sei. In diesem Zusammenhang hat Bauer vor dem Landtag die Behauptung erhoben, dass von Seiten der betroffenen Musikhochschulen in Mannheim und Trossingen angeblich kein eigenes Konzept vorgelegt worden sei. Bei diesen Äusserungen handelt es sich um wissentlich falsche Tatsachenbehauptungen von Bauer. Denn eingangs wurde bereits vorgetragen, dass Mannheim und Trossingen der Wissenschaftsministerin bereits im Rahmen der Workshops sowie im Juli 2013 ein Konzept zukommen liessen. Soweit das Konzept nicht vollständig ausgearbeitet werden konnte und sich auf Vorschläge und Anregungen beschränken musste, so ist dies ausschliesslich auf das Verhalten von Bauer zurückzuführen, welche die für die Erstellung eines definitiven Konzeptes erforderlichen Daten nicht preisgibt. Auch trifft nicht zu, dass die Einsparungen im Bereich der Musikhochschulen unerlässlich sind. Bereits in einer vorangegangenen Mail hatte die Unterzeichnerin hierzu wie folgt vorgetragen:

„Anlässlich einer Erörterung zum Thema am 02.08.2013 in Trossingen hat Bauer behauptet, dass die Landesregierung aufgrund der Schuldenbremse nur über ein beschränktes Budget verfüge, weshalb die geplanten Kürzungen unvermeidbar wären. Diese Behauptungen der Wissenschaftsministerin sind falsch.

Denn gerade erst vor wenigen Tagen hat Bauer der Universität Freiburg einen jährlichen Zuschuss in Höhe von € 1,5 Millionen zwecks Fortführung des *Frias* gutgesagt. Bei *Frias* handelt es sich um ein Forschungsprojekt, welches im Zuge der bundesweiten Exzellenz-Initiative gescheitert war. In diesem Zusammenhang hatte der Wissenschaftsrat Freiburg anlässlich der dritten und letzten Runde der Exzellenz-Initiative am 15.06.2012 den Elite-Titel entzogen und hat seine Entscheidung explizit mit der fehlenden Kompetenz der Freiburger

Universitätsleitung begründet. Der Wissenschaftsrat vertrat sinngemäss die Auffassung, dass das *Frias* nur der Profilierung der Universitätsleitung und einzelner, teilweise externer Wissenschaftler diene, ohne dass ersichtlich sei, dass das *Frias* eine positive Wirkung auf die Universität inklusive der Beschäftigten und Studierenden entfalten würde.

Nachdem der Freiburger Rektor Hans-Jochen Schiewer daraufhin in lautes Wehklagen ausbrach, hat Bauer Schiewer angeboten, dass das Land Schiewers Hobby in einer abgespeckten Form weiterfinanzieren werde, wenn die Universität Freiburg und der Bund sich jeweils mit einem Drittel beteiligen werden. Die jährlichen Gesamtkosten werden mit rund 4,5 Millionen Euro beziffert; 1,5 Millionen will Bauer demnach jährlich zuschiessen, vgl.

<http://www.regiotrends.de/de/regiomix/index.news.209878.landesregierung-signalisiert-unterstuetzung-fuer-frias---rektor-hans-jochen-schiewer-die-zusage-des-landes-bestaetigt-das-neue-konzept-zur-fortfuehrung-des-frias.html>

Die geplante Subventionierung aus Steuergeldern dient ausschliesslich dazu, dass der Rektor sich auch künftig mit seinem – gescheiterten – Renommeeobjekt in Szene setzen kann; bezeichnenderweise lehnen sogar die Studierenden der Universität Freiburg die Fortsetzung des Projekts ab. In einer aktuellen Erklärung des u-Asta vom 29.07.2013 äussern sich die Studierenden wie folgt:

„Die drittelanteilige Finanzierung von Seiten der Uni stellt diese vor sehr große Herausforderungen. Die Uni Freiburg ist chronisch unterfinanziert. Kleine Fächer werden zusammen gekürzt und gleichzeitig sollen gescheiterte Exzellenzprojekte weiter finanziert werden - Diese Entwicklung halten wir für problematisch.“

vgl. <http://www.u-asta.uni-freiburg.de/politik/pms/pm-2013/2013-07-29>

Anscheinend verfügt die Landesregierung – entgegen den anderslautenden Sachdarstellungen von Bauer am 02.08.2013 – über hinlängliche finanzielle Mittel um sogar gescheiterte Projekte (von Bauers Günstlingen) mithilfe von Millionenbeträgen am Laufen zu halten und zwar sogar dann, wenn diese der

universitären Lehre schaden, anstelle dieser zu nützen. Insoweit führen die Studierenden wie folgt aus:

„Es müssen nun die richtigen Schlüsse aus dem Verlust der Exzellenztitels geschlossen werden. Eine wesentliche Ursache für den Verlust der Förderung für das FRIAS im Zuge der Exzellenzinitiative bestand aus der fehlenden Rückbindung des FRIAS an die Lehre. Dies war von Seiten der Studierenden schon seit Jahren kritisiert worden. Am Ende stand die Uni vor einem Scherbenhaufen: Dem Verlust des Exzellenztitels. Auch in diesem Fall wurden die Bedenken der Studierenden wieder ignoriert. Bei der Überarbeitung des FRIAS-Konzepts waren die Studierenden nicht beteiligt, obwohl dies vom Prorektor für Forschung Gunther Neuhaus versprochen wurde. „Wir fordern das Rektorat dazu auf, ihre Versprechungen einzuhalten und uns zum nächsten perspektivischen Treffen für das FRIAS einzuladen und auch die Studierendenvertretung am Steuerungsgremium des FRIAS teilhaben zu lassen.“ hält Rebekka Blum, studentische Senatorin abschließend fest.“

vgl. <http://www.u-asta.uni-freiburg.de/politik/pms/pm-2013/2013-07-29>

Anstelle das gescheiterte Elite-Projekt von Schiewer mit Millionen zu subventionieren, wäre es erforderlich gewesen das Freiburger Rektorat neu zu besetzen, was von Freiburger Alt-Professoren um den Historiker Gottfried Schramm 2012 öffentlich gefordert wurde. Denn mit einem Urteil vom 30.11.2011 hatte die 14. Zivilkammer des Landgerichts Freiburg festgestellt, dass die Freiburger Universitätsleitung kriminelle Mediziner protegiert und belohnt. Stattdessen bläst Bauer Millionen in die Luft um das Hobby von Schiewer zu finanzieren.

Dennoch behauptet Bauer vor dem Landtag, dass die von Bauer geplanten Einsparungen, die zur Zerschlagung der Musikhochschulen von Mannheim und Trossingen und der umliegenden soziokulturellen Landschaft führen sollen, unvermeidbar wären. Offensichtlich handelt es sich hierbei um eine Lüge von Bauer, die ihren Günstlingen Millionen für gescheiterte Projekte nachwirft.

Diese Tricks und Lügen von Bauer sind bezeichnend für die Wissenschaftsministerin. In einer vorangegangenen Mail wurde insoweit zudem berichtet, dass Bauers Freiburger Parteifreund Salomon zusammen mit dem Freiburger-Dopingrektor Wolfgang Jäger zur Gründungskommission und zum Kuratorium der Freiburger IUCE zählten. Bei der IUCE handelte es sich um eine private duale Freiburger Hochschule, die 2009 gegründet wurde. Im Zeitraum von 2009 bis 2012 hatten die Schulbetreiber zahlreiche Abiturienten, bzw. deren Eltern mithilfe von falschen Werbeversprechungen zur Ausbildung an der IUCE veranlasst. Denn die Schulbetreiber hatten gegenüber den Studierenden bei Vertragsabschluss vorgetäuscht, dass die IUCE staatlich anerkannt sei, was nicht der Fall war. Auch hatten die Schulbetreiber noch weitere Einrichtungen und Qualitätsstandards zugesagt, die ebenfalls nicht vorhanden waren. Sogar dann, als der im Akkreditierungsverfahren zuständige Wissenschaftsrat im Januar 2012 einen nachgeschobenen Antrag der Schulbetreiber auf staatliche Anerkennung abgewiesen hatte, weil die IUCE die notwendigen Qualitätsstandards nicht erfüllen konnte, wurden die Schulbetreiber auf der Abiturientenmesse in Köln zwei Wochen später von dem Journalisten Frank Ueberall erneut damit erwischt, dass diese wiederum mit falschen Werbeversprechungen auf Kundenfang gingen.

Dennoch hat Bauer es pflichtwidrig unterlassen die gebotenen disziplinarischen und strafrechtlichen Sanktionen gegen die verantwortlichen Personen der IUCE, zu denen Salomon zählt, zu veranlassen. Mehrere Strafanzeigen gegen die illustren Schulbetreiber wurden von der Staatsanwaltschaft unter einem Vorwand eingestellt. Inzwischen haben die Zivilgerichte festgestellt, dass die Schulbetreiber ihre vertraglichen Pflichten nicht eingehalten haben und haben diese zu Regresszahlungen an geschädigte Studenten verurteilt. In dieser Folge und aus anderen Gründen, die bisher nicht Inhalt der vorangegangenen Strafanzeigen waren, ist seit Monaten eine erneute Strafanzeige in Vorbereitung, die sich sowohl gegen die Schulbetreiber, sowie gegen die Aufsicht führende Bauer und den Leiter der Abteilung 4 am Wissenschaftsministerium Clemens Benz, die involvierten Staatsanwälte und den Justizminister von Baden-Württemberg Rainer Stickelberger (SPD) richtet, welcher die Rechtsaufsicht über die Justizbehörden hat und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Staatsanwälte und Richter nicht nachgeht.

Aufgrund des umfangreichen Sachverhalts war es leider nicht möglich gewesen, die Strafanzeige vor den Bundestagswahlen fertigzustellen. Denn der gerichtsaktenkundige Sachverhalt, auf welchem die Strafanzeige beruht, zeigt sehr anschaulich, was von einem grünen Ministerpräsidenten zu erwarten ist. In den kommenden Monaten und noch rechtzeitig vor den nächsten Landtagswahlen werden wir den Vorgang vorantreiben und zur Anzeige bringen und via Internet publizieren, weil die zensierte Presse unter anderem verschweigt, dass Salomon und Jäger zur Gründungskommission und zum Kuratorium der IUCE zählten, die lt. Schulsatzung für die Qualitätssicherung der IUCE verantwortlich waren. Insbesondere verschweigt die Presse, dass die Betrugshandlungen an den Studierenden unter der Aufsicht von Bauer erfolgten.

Darüberhinaus sind Bauer und Stichelberger und den von der Landesregierung instruierten Staatsanwälten und Richtern in Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart noch zahlreiche andere schwerwiegende Verfehlungen (Bildung einer kriminellen Vereinigung, Straftaten an Patienten, Strafvereitelung im Amt usw.) vorzuwerfen, die ebenfalls Inhalt der Strafanzeige sein werden. Die Strafanzeige wird sich unter anderem gegen den amtierenden Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann richten, der seiner Aufsichtspflicht nicht nachkommt und Dienstaufsichtsbeschwerden – ebenso wie Bauer – pflichtwidrig ohne Antwort lässt.

III. Gerichtsgutachten (betr. Prof. Dr. Frank Palm, Chefarzt der Universitäts-Zahnklinik Konstanz)

Dem oben genannten Chefarzt der Universitäts-Zahnklinik Konstanz ist die Erstellung eines Falschgutachtens im Sinne des § 153 StGB vorzuwerfen. Zwar steht der Inhalt dieses Gutachtens nicht im Zusammenhang mit der Musikhochschulenreform. Der Verlauf in der Sache macht jedoch deutlich, dass es sich bei dem unter Abs. I und Abs. II monierten Verhalten von Bauer nicht um einen einmaligen Lapsus, sondern um ein Systemverhalten von Bauer handelt, welche es offensichtlich als normal betrachtet, zur Durchsetzung von eigenen Interessen unqualifizierte Gutachten zu bemühen, was dann erklären kann, dass Bauer ihrer Aufsichtspflicht über die

Universitätskliniken nicht nachkommt und Dienstaufsichtsbeschwerden ohne Antwort lässt (und Anfragen der Opposition mit ausweichenden Antworten abwimmelt).

Bereits in einem vorangegangenen Schreiben an die Gemeinderäte hatte die Unterzeichnerin vorgetragen, dass die vom Justizministerium instruierten Justizbehörden Behandlungsfehler und andere Straftaten an Kranken vertuschen, damit ohne ethische und juristische Hemmungen Forschung betrieben werden kann. In diesem Kontext wurde wie folgt vorgetragen:

„Dass diese faschistoiden Verhältnisse, welche die Bürger zum Freiwild der Pharmazie und von kriminellen Medizinern degradieren, auf Kalkül der Landesregierung beruhen, zeigt sich bereits daran, dass die grüne Wissenschaftsministerin Bauer (welche die Rechtsaufsicht über die Universitätskliniken hat) Dienstaufsichtsbeschwerden pflichtwidrig ohne Antwort lässt. Denn Bauer kann sich anscheinend darauf verlassen, dass allfällige Klagen oder Strafanzeigen von überlebenden Patienten vom Justizministerium und den vom Justizministerium instruierten Staatsanwälten und Richtern abgeschmettert werden. Deshalb lässt Bauer die Opfer ins Leere laufen und wartet darauf, dass die Justizbehörden die Opfer zum Schweigen bringen.“

Zu den Methoden der Richter in Freiburg und Karlsruhe zählt die Bestellung von Sachverständigen, die wissentlich Falschgutachten erstellen, bzw. unter Verletzung der gutachterlichen Feststellungspflicht unzutreffende Bewertungen zulasten von Patienten vornehmen. So hat der oben genannte Chefarzt der Universitäts-Zahnklinik Konstanz am 11.10.2012 ein Gutachten bzgl. der Abrechnungsfähigkeit von Zahnersatz erstellt und hat unzutreffend behauptet, dass die streitgegenständliche Behandlung keine Leistung der gesetzlichen Krankenkassen sei. Tatsächlich ergab eine Anfrage bei der Krankenkasse und bei der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, dass die streitgegenständliche Behandlung mithin eine Kassenleistung darstellt. Auch zeigte sich, dass der Sachverständige ablehnungsbegründende Beziehungen zum Prozessgegner unterhält, die der Sachverständige verschwiegen hatte. Deshalb war die Ablehnung des Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit geboten, weil der

Gutachtensauftrag sich neben der Feststellung über die Abrechnungsfähigkeit von Zahnersatz auch auf medizinische Themen bezogen hatte, welche nicht Inhalt des Teilgutachtens waren. Die Ablehnung des Sachverständigen war erforderlich, weil die willkürliche und falsche Bewertung über die Abrechnungsfähigkeit von Zahnersatz sowie die Beziehungen zum Prozessgegner Anlass zu der Annahme gaben, dass der Sachverständige auch die medizinischen Themen im weiteren Verlauf nicht sachlich bewerten werde. In einer Stellungnahme im Ablehnungsverfahren räumte der Sachverständige auf Vorhalt selbst ein, dass dieser zum Zeitpunkt seiner gutachterlichen Bewertung am 11.10.2012 zur Abrechnungsfähigkeit von Zahnersatz die Recherche zu diesem Themenkomplex nicht abgeschlossen hatte und deshalb kein belastbares Gutachten erstellen konnte.

Deshalb ist dem Sachverständigen bedingter Vorsatz iSd. § 153 StGB vorzuwerfen. Denn gerade deshalb, weil der Sachverständige am 10.11.2012 selbst wusste, dass seine Bewertungen vielleicht falsch sind (und falsch waren), hätte der Sachverständige vor Durchführung von Recherchen keine Bewertung des Beweisthemas vornehmen dürfen. Anstelle über den Ablehnungsantrag zu entscheiden, haben die Richter der 6. Zivilkammer des Landgerichts Freiburg Rein und Brückner unter dem Vorsitz des Richters Walter (nicht verwandt oder verschwägert mit der Unterzeichnerin) eine Entscheidung über den Ablehnungsantrag mit der Begründung abgelehnt, dass der Sachverständige im Zuge des Ablehnungsverfahrens nunmehr erklärt habe, dass er das Gutachten nicht fortsetzen wolle und auf das Honorar für das Aktenstudium und das Teilgutachten verzichten werde, weshalb kein Rechtsschutzinteresse an einer Entscheidung über den Ablehnungsantrag vorliegen würde. Diese Auffassung des Gerichts ist unzutreffend, weil nur infolge einer positiven Entscheidung über den Ablehnungsantrag sichergestellt werden kann, dass die falschen Bewertungen vom 11.10.2012 nicht in das Urteil einfließen werden.

Dieser Vorgang ist exemplarisch für die Verhältnisse im Bereich der Justizbehörden in Freiburg und Karlsruhe. Die gesetzlich versicherte Unterzeichnerin musste sich in den vergangenen Jahren wiederholt gegen unbegründete private Forderungen von Zahnärzten vor Gericht verwahren (Dr. Iris Knoblauch, Dr. Werner Sonntag, Dr. Matthias Friedrich). Auch besteht in Freiburg inzwischen bereits eine Tendenz unter den Zahnärzten, auf gerichtlichem Weg ein Privathonorar von Patienten für

angebliche Behandlungsmassnahmen einzuklagen, die überhaupt nicht erbracht wurden (Dr. Wolfgang Grüny). Denn die Zahnärzte verlassen sich darauf, dass die Richter Sachverständige bestellen, welche den Kollegen mithilfe von Falschgutachten zu dem begehrten Honorar verhelfen. Besonders drastisch sind die Verhältnisse an der Universitäts-Zahnklinik Freiburg. Denn dort lernen die Jungmediziner unter der Federführung der Leiterin der Rechtsabteilung der Universitätsklinik Karina Otte sowie unter der Aufsicht der Abteilungsleiter Jörg Strub und Ralf Kohal, wie man Patienten infolge der vorsätzlichen Zufügung von Schmerzen zu unbegründeten Zahlungen nötigt. Auch werden in der Abteilung medizinische Versuche ohne rechtswirksame Risikoaufklärung an den Kranken vorgenommen. Patienten, die nach Fehlschlagen der Versuche die Forderung nach einem rückwirkenden Haftungsausschluss zurückweisen, erhalten keine Nachbehandlung, bzw. werden mit Schmerzen und Verletzungen hinausgeworfen.

Aufgrund der ständigen Skandale rund um die Universität Freiburg mussten die langjährigen Freiburger Klinikdirektoren Frank Wertheimer und Wolfgang Holzgreve auf Betreiben von Bauers Vorgänger im Amt Peter Frankenberg (CDU) im Jahr 2010 ihren Dienst quittieren. Anstelle die Neueinstellung mit einer Zäsur der kriminellen Verhältnisse am Klinikum zu verbinden, hat Bauer nach dem Regierungswechsel im Jahr 2011 Personen eingestellt, welche die faschistoiden Verhältnisse am Klinikum fortsetzen. Beispielsweise verfolgt der von Bauer bestellte amtierende Ärztliche Direktor der Universitätsklinik Jörg Siewert klagende Patienten mit Entmündigungsanträgen, Unterlassungsklagen und Strafanzeigen um zu verhindern, dass die von ihm und dem Rektor der Universität Freiburg zu verantwortenden kriminellen Verhältnisse am Klinikum öffentlich bekannt werden. Nach Berichten von Betroffenen lassen Freiburger Mediziner Neugeborene qualvoll und jämmerlich sterben ohne medizinischen Beistand zu leisten und werfen die Kranken mit unverheilten Operationswunden aus dem Krankenhaus hinaus, wenn sich die Weiterbehandlung für das Klinikum nicht zahlt. Auch zählen medizinische Versuche ohne Risikoaufklärung und andere Straftaten in Freiburg zum Normalfall, wie z. B. der Skandal um den Krebsmediziner Roland Mertelsmann, den Chirurgen Hans-Peter Friedl und der aktuelle Skandal um das Loretto-Krankenhaus Freiburg zeigen.

Anscheinend vertreten Bauer, Stickelberger und Kretschmann die Auffassung, dass Körperverletzung, Betrug, Erpressung und Krankenmord seitens von Medizinern legitime Einnahmequellen sind, wenn diese den Landeshaushalt entlasten. Denn nur so lässt sich erklären, dass Dienstaufsichtsbeschwerden ohne Antwort bleiben.

Gleichzeitig werden von Bauer regelmässig Millionen für Prestigebauten von Günstlingen der Landesregierung wie z. B. das Freiburger Augustinermuseum (es handelt sich um ein Steckenpferd des grünen OB Salomon) und für gescheiterte Elite-Projekte des Freiburger Rektors (Frias) usw. zum Fenster hinausgeworfen.

Es würde hier zu sehr ausufern, die unsäglichen Verhältnisse im Bereich der Universitätsklinik Freiburg und im Bereich der Justizbehörden in Freiburg und Karlsruhe ausführlich vorzutragen. Es sollte hier nur verdeutlicht werden, dass es sich bei dem Vorgehen von Bauer, welche sich mit ihrem Reformkonzept für die Musikhochschulen auf ein von ihr bestelltes (unqualifiziertes) Gutachten stützt, um ein Systemverhalten der Wissenschaftsministerin handelt, die nach der freien persönlichen Meinung der Unterzeichnerin über eine hohe kriminelle Energie verfügt und die Bevölkerung anscheinend als Sklaven betrachtet, die zugunsten der Günstlinge von Bauer nach Belieben belogen, entrechtet und zudem an Leib und Leben geschädigt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Sonja Walter